



Hans-Heinrich Holland
Joachim Jürgens

Unsere Zeichen: JJ/HHH Ihr Zeichen Herten, den **30. Mrz. 2010**

Hertener Fraktions Bündnis; Kurt-Schumacher-Str. 2 ; 45699 Herten
Herrn Bürgermeister Dr. U.Paetzel
Kurt-Schumacher-Straße 2
45699 Herten

Via Email

Anfrage: gem. § 15 GeschO der Stadt Herten.
Auswirkung der Laufzeitverlängerung der AKWs für die Stadtwerke Herten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten um Beachtung der beigefügten Anlage. Hieraus ist erkennbar, dass die Auswirkungen der Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken für den Wettbewerb im deutschen Stromerzeugungsmarkt katastrophale Folgen haben kann.

Derzeit besteht ein Zusammenschluss von ca. 150 Kommunen, die sich gegen die Laufzeitverlängerung von AKWs wehren. Eine Laufzeitverlängerung nimmt der Umstrukturierung der Energieerzeugung für erneuerbare klimafreundliche Energien die erforderliche Dynamik. (z.B. Windpark Borkum etc.). Ebenso würde die Vormachtstellung der „Stromriesen“ gestärkt und dadurch möglicherweise das operative Geschäft von Stadtwerken – mehr Einfluss im Strommarkt zu erlangen – torpediert. Hierzu mehr dargestellt in den beigefügten Anlagen.

Inwiefern beeinflusst die derzeitig geplante Entwicklung das Geschäftsmodell der Hertener Stadtwerke? Wir bitten hierzu kurzfristig im Rat, bzw. kurzfristig vorab schriftlich Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A.  Joachim Jürgens

Anlage: Zusammengefasste Presseberichte

Joachim Jürgens Fraktionsvorsitzender Schützenstraße 84 45699 Herten ☎ 02366-37653 Email jj@pro-herten.de	Hans-Heinrich Holland stellv. Fraktionsvorsitzender Feldstraße 160 45699 Herten ☎ 02366-609703 Email hh-626731@versanet.de	Fraktionsbüro Rathaus Zimmer 169 Kurt-Schumacher-Str. 2, 45699 Herten ☎ 02366 303 238 Fax 02366 303 279 Email hfb@herten.de Sprechstunden: Dienstag und Freitag 10:00-12:00 Uhr	Bankverbindung : Spk Recklinghausen BLZ: 42650 150 Kto: 105 003 284 52 Email Fraktion: hfb@herten.de
---	---	--	--

SPD: Kernenergie hat in Deutschland keine hohe Akzeptanz

Thema Atomkraft wird nach Expertenaussage zunehmend auf die Landtagswahl in NRW ausstrahlen

Das Thema Atomkraft dürfte nach Expertenaussage auch zunehmend auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai ausstrahlen. NRW- Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) pochte im "Handelsblatt" (Freitag) zwar auf eine Laufzeitverlängerung, kündigte aber ein "neues, dezentrales Energiesystem" mit dem Ausbau von Ökoenergien an. "Kernenergie hat in Deutschland keine hohe Akzeptanz. Deshalb hat der Bundesumweltminister Recht, wenn er sagt, dass sich die Entscheidung über die Laufzeitverlängerung aus der Frage der Sicherheit und der Frage des künftigen Energie-Mixes ableiten muss und nicht aus einer Gegenleistung", sagte Rüttgers, in dessen Land kein einziger Atommeiler steht.

Zu Presseberichten, nach denen Ministerpräsident Rüttgers auf ein Mitspracherecht der Bundesländer zu Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke besteht, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Römer:

"Ministerpräsident Rüttgers versucht die Menschen mit seiner wohlfeilen Ankündigung, Nordrhein-Westfalen müsse mitreden, erneut zu täuschen. Er lässt sie über seine Haltung zur Atomkraft im Unklaren. Am Ende wird er Laufzeitverlängerungen genauso abnicken, wie er den Steuergeschenken für Hoteliers zugestimmt hat.

Verschiedene Gutachten haben nachgewiesen, dass Laufzeitverlängerungen mehr Wettbewerb verhindern und das Monopol der großen Energiekonzerne zementieren. Der Atomkurs der schwarz-gelben Bundesregierung schadet dem Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen. Gerade in NRW stehen Investitionen in Milliardenhöhe, vor allem bei neuen Marktteilnehmern wie den Stadtwerken auf dem Spiel, wenn der schwarz-gelbe Atomkurs nicht gestoppt werde.

Der Ministerpräsident verrät die Interessen Nordrhein-Westfalens, weil er nicht klar sagt, dass NRW Laufzeitverlängerungen verhindern wird. Er versucht sich über den Wahltermin zu retten. Nur eins ist bereits heute klar: Eine zukünftige SPD-geführte Landesregierung wird im Bundesrat einer Laufzeitverlängerung nicht zustimmen. Am 9. Mai haben die Bürgerinnen und Bürger also die Wahl."

Zum Interview von Jürgen Rüttgers im Handelsblatt zur Verlängerung von AKW-Laufzeiten und einer geplanten Änderung der Gemeindeordnung zur Stärkung der Stadtwerke erklärt Sylvia Löhrmann MdL, Fraktionsvorsitzende: "Jürgen Rüttgers hat Recht mit der Feststellung, dass die NRW-Wahl am 9. Mai auch eine Abstimmung über die unsinnige Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sein wird. Er hat in dem Interview die Auffassung des Bundesumweltministeriums ausdrücklich bestätigt, dass für die Verlängerung der Laufzeiten eine Zustimmung im Bundesrat nötig ist. Also können die Menschen in NRW am 9. Mai zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Keine Laufzeitverlängerung für Schwarz-Gelb.

Eine paradoxe Position nimmt Ministerpräsident Rüttgers ein, wenn es um die NRW-Stadtwerke geht. Heute machte er im Handelsblatt Werbung für die Stärkung der Stadtwerke. Gestern hat seine Schwarz-Gelbe Koalition gegen einen entsprechenden Gesetzentwurf meiner Fraktion gestimmt.

Nichts als Lippenbekenntnisse und Ablenkungsmanöver. Für vollmundige Versprechungen können sich die Menschen nichts kaufen, auf die richtigen Beschlüsse kommt es an. Auch in der Frage der Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke ist deswegen zu erwarten, dass Jürgen Rüttgers zwar Grün blinkt, aber Schwarz-Gelb abbiegt."

Forderung an Energiepolitik

Kommunen wehren sich gegen längere AKW-Laufzeiten

Ein Zusammenschluss von Kommunen wehrt sich gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. 150 Stadtwerke haben sich zusammengeschlossen, um gegen die Vormachtstellung der großen Kraftwerksbetreiber anzugehen.

"Die Auswirkungen der Laufzeitverlängerung auf den Wettbewerb im deutschen Stromerzeugungsmarkt sind katastrophal", sagte der Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall, Johannes van Bergen, bei Vorlage eines von den Stadtwerken in Auftrag gegebenen Gutachtens.

In dem Papier heißt es, eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke würde "die oligopolistische Marktstruktur zementieren und Neuinvestitionen in moderne Kraftwerke bis zur Mitte der 2020er Jahre komplett verhindern."

"Widerspruch zu den Zielen der deutschen Energiepolitik"



[Bildunterschrift: AKW im südhessischen Biblis: Besitzer RWE wünscht sich längere Laufzeiten für die betagten Meiler.]

Die protestierenden Kommunen befürchten Milliarden Gewinne der Energieversorger und damit deutliche Wettbewerbsnachteile für sich. "Die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung stehen damit in evidentem Widerspruch zu den Zielen der deutschen Energiepolitik - Wettbewerb, Preisgünstigkeit und Umweltverträglichkeit - und widersprechen auch den Vorgaben des europäischen Wettbewerbsrechts", steht in dem Gutachten.

Der kommunale Zusammenschluss fordert die Bundesregierung auf, die Kraftwerksbetreiber dazu zu verpflichten, im Falle einer Laufzeitverlängerung alte Kohlekraftwerke stillzulegen.

Ruf nach Gesetzgeber

"Wenn sich eine Laufzeitverlängerung politisch nicht mehr verhindern lässt, dann müssen entweder sämtliche durch die Laufzeitverlängerung anfallenden Zusatzgewinne bei den Kernkraftwerksbetreibern komplett abgeschöpft werden oder der Gesetzgeber muss über strukturelle Markteingriffe nachdenken", sagte der Geschäftsführer der Stadtwerke Lübeck, Kurt Kuhn.

In ihrem Gutachten weisen die Stadtwerke explizit darauf hin, dass dieses Modell für sie nur eine Notlösung darstellt. "Wir sind explizit gegen eine Laufzeitverlängerung", betonte Kuhn. Unabhängig davon, ob die Bundesregierung die beschlossenen Maßnahmen aufgreife, behalten sich die Kommunen rechtliche Schritte gegen die Umsetzung einer Laufzeitverlängerung vor.



[Bildunterschrift: Betreiber und Restlaufzeiten deutscher Atomkraftwerke, Stand: März 2009]

Stadtwerke machen Front gegen Atomkraftwerke

Von Jesper Ernlund Lassen | 12.03.2010

Foto: kaleido3/pixelio



150 Stadtwerke gehen zusammen gegen eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Stephan Weil (SPD), OB von Hannover und Präsident des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) warnt, eine Verlängerung der AKW-Laufzeit nehme dem Umbau der Energieerzeugung die erforderliche Dynamik.

Geplante Investitionen in erneuerbare Energien werden ausfallen, wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert. So klar ist die Ansage von 150 Stadtwerken an die Regierung. Sie drohen für den Fall einer Verlängerung mit dem Ende von Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe. VKU-Präsident und Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil erklärt: "Eine Laufzeitverlängerung nimmt der Umstrukturierung der Energieerzeugung die erforderliche Dynamik~", weil die Stadtwerke vor allem klimafreundliche Energien in Planung haben. Als "einen massiven Eingriff in die Marktverhältnisse" betrachtet Weil eine mögliche Restlaufzeitverlängerung durch Schwarz-Gelb.

Die Stadtwerke erzeugen heute zehn Prozent der Energie in Deutschland. Darüber sind sie in weit größerem Umfang auch Netzbetreiber. Der Atomausstieg war für 2022 geplant, aber die Bundesregierung will jetzt eine Verlängerung der Laufzeiten der bundesweit 17 Atomkraftwerke durchsetzen.

Die Verlängerung der Laufzeiten könnte entweder wenige Jahre betragen, wofür sich Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) einsetzt. Der Wirtschaftsflügel in der Union ist aber für eine großzügigere Regelung für die Nuklearindustrie. Die SPD-Opposition macht wie die Stadtwerke Front gegen längere AKW-Laufzeiten und ruft für Samstag, den 24. April, zu einem Anti-Atom-Tag auf, bei dem u.a. SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sich an einer Menschenkette zwischen den älteren AKW Brunsbüttel und Krümmel beteiligen will, die laut Atomkonsens demnächst abgeschaltet werden müssten.

<http://www.swp.de>

Berlin/Schwäbisch Hall. 150 Stadtwerke haben sich zusammengeschlossen, um gegen eine mögliche Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken anzugehen. Ein Sprecher ist der Haller Stadtwerke-Chef Johannes van Bergen.

"Die Auswirkungen der Laufzeitverlängerung auf den Wettbewerb im deutschen Stromerzeugungsmarkt sind katastrophal", sagte van Bergen in Berlin. Dort hat die Initiative ein Gutachten vorgestellt, das von den Stadtwerken zu diesem Thema in Auftrag gegeben worden war.

Darin heißt es, eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke würde "die oligopolistische Marktstruktur zementieren und Neuinvestitionen in moderne Kraftwerke bis zur Mitte der 2020er Jahre komplett verhindern". Die Kommunen befürchten Milliarden Gewinne der Energieversorger und damit deutliche Wettbewerbsnachteile für sich.

"Die Auswirkungen einer Laufzeitverlängerung stehen in evidentem Widerspruch zu den Zielen der deutschen Energiepolitik - Wettbewerb, Preisgünstigkeit und Umweltverträglichkeit - und sie widersprechen auch den Vorgaben des europäischen Wettbewerbsrechts", so das Gutachten. Van Bergen fordert namens der beteiligten Kommunen die Bundesregierung auf, die Kraftwerksbetreiber zu verpflichten, im Falle einer Laufzeitverlängerung alte Kohlekraftwerke stillzulegen. "Wenn sich eine Laufzeitverlängerung politisch nicht mehr verhindern lässt, dann müssen entweder sämtliche anfallenden Zusatzgewinne bei den Kernkraftwerksbetreibern abgeschöpft werden oder der Gesetzgeber muss über strukturelle Markteingriffe nachdenken", forderte der Geschäftsführer der Stadtwerke Lübeck, Kurt Kuhn. hata

SPD: Kernenergie hat in Deutschland keine hohe Akzeptanz

[Thema Atomkraft wird nach Expertenaussage zunehmend auf die Landtagswahl in NRW ausstrahlen](#)

Das Thema Atomkraft dürfte nach Expertenaussage auch zunehmend auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai ausstrahlen. NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) pochte im "Handelsblatt" (Freitag) zwar auf eine Laufzeitverlängerung, kündigte aber ein "neues, dezentrales Energiesystem" mit dem Ausbau von Ökoenergien an. "Kernenergie hat in Deutschland keine hohe Akzeptanz. Deshalb hat der Bundesumweltminister Recht, wenn er sagt, dass sich die Entscheidung über die Laufzeitverlängerung aus der Frage der Sicherheit und der Frage des künftigen

Energie-Mixes ableiten muss und nicht aus einer Gegenleistung", sagte Rüttgers, in dessen Land kein einziger Atommeiler steht.

Zu Presseberichten, nach denen Ministerpräsident Rüttgers auf ein Mitspracherecht der Bundesländer zu Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke besteht, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Römer:

"Ministerpräsident Rüttgers versucht die Menschen mit seiner wohlfeilen Ankündigung, Nordrhein-Westfalen müsse mitreden, erneut zu täuschen. Er lässt sie über seine Haltung zur Atomkraft im Unklaren. Am Ende wird er Laufzeitverlängerungen genauso abnicken, wie er den Steuergeschenken für Hoteliers zugestimmt hat.

Verschiedene Gutachten haben nachgewiesen, dass Laufzeitverlängerungen mehr Wettbewerb verhindern und das Monopol der großen Energiekonzerne zementieren. Der Atomkurs der schwarz-gelben Bundesregierung schadet dem Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen. Gerade in NRW stehen Investitionen in Milliardenhöhe, vor allem bei neuen Marktteilnehmern wie den Stadtwerken auf dem Spiel, wenn der schwarz-gelbe Atomkurs nicht gestoppt werde.

Der Ministerpräsident verrät die Interessen Nordrhein-Westfalens, weil er nicht klar sagt, dass NRW Laufzeitverlängerungen verhindern wird. Er versucht sich über den Wahltermin zu retten. Nur eins ist bereits heute klar: Eine zukünftige SPD-geführte Landesregierung wird im Bundesrat einer Laufzeitverlängerung nicht zustimmen. Am 9. Mai haben die Bürgerinnen und Bürger also die Wahl."

Zum Interview von Jürgen Rüttgers im Handelsblatt zur Verlängerung von AKW-Laufzeiten und einer geplanten Änderung der Gemeindeordnung zur Stärkung der Stadtwerke erklärt Sylvia Löhrmann MdL, Fraktionsvorsitzende: "Jürgen Rüttgers hat Recht mit der Feststellung, dass die NRW-Wahl am 9. Mai auch eine Abstimmung über die unsinnige Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken sein wird. Er hat in dem Interview die Auffassung des Bundesumweltministeriums ausdrücklich bestätigt, dass für die Verlängerung der Laufzeiten eine Zustimmung im Bundesrat nötig ist. Also können die Menschen in NRW am 9. Mai zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Keine Laufzeitverlängerung für Schwarz-Gelb.

Eine paradoxe Position nimmt Ministerpräsident Rüttgers ein, wenn es um die NRW-Stadtwerke geht. Heute machte er im Handelsblatt Werbung für die Stärkung der Stadtwerke. Gestern hat seine Schwarz-Gelbe Koalition gegen einen entsprechenden Gesetzentwurf meiner Fraktion gestimmt.

Nichts als Lippenbekenntnisse und Ablenkungsmanöver. Für vollmundige Versprechungen können sich die Menschen nichts kaufen, auf die richtigen Beschlüsse kommt es an. Auch in der Frage der Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke ist deswegen zu erwarten, dass Jürgen Rüttgers zwar Grün blinkt, aber Schwarz-Gelb abbiegt."

erschienen am: 2010-03-28 im europaticker